NATO-Integration oder aktive Aussenpolitik : zur Neuorientierung der Schweizer Sicherheitspolitik

Autor(en): **Moosmann, Reto / Lang, Josef**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **27 (2007)**

Heft 53

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652170

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Reto Moosmann / Josef Lang

NATO-Integration oder aktive Aussenpolitik

Zur Neuorientierung der Schweizer Sicherheitspolitik

Die Schweizer Armee ist in ihren Möglichkeiten zu Auslandeinsätzen blockiert. Der seit 1999 laufende Einsatz der Swisscoys im Kosovo ist bislang der einzige grössere Truppeneinsatz der Schweizer Armee im Ausland. Ausschlaggebend für die Zurückhaltung ist das seit dem 11. September 2001 radikal veränderte weltpolitische Umfeld. Dieses dürfte sich zwar in näherer Zukunft nicht ändern. Im *Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)* geht die konzeptionelle Planung für ein weitergehendes Auslandengagement dennoch unvermindert weiter. Parallel dazu sucht sich die Armee neue Tätigkeitsgebiete im Bereich der inneren Sicherheit, die genauso wie die Aussenpolitik dem globalen Megatrend zur Militarisierung unterworfen ist.

Ziel dieses Beitrags ist es, die gegenwärtige Entwicklung in der schweizerischen Sicherheitspolitik festzuhalten. In einem ersten Teil wird der Fokus auf die Auslandeinsätze und die Annäherung der Schweizer Sicherheitspolitik an die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik legen. Anschliessend wird gezeigt, wie das globale Konzept des „War on terror" auch im Bereich der inneren Sicherheit zu einer Militarisierung führt. Und am Schluss werden einige Fragen der Aussen- und Sicherheitspolitik skizziert, die in friedenspolitischer Perspektive weiterzudiskutieren sind.

Realpolitische Blockade bei den Auslandeinsätzen

Im November 2007 liess der Bundesrat verlauten, dass die Schweiz ihr militärisches Engagement in Afghanistan auf März 2008 beenden wird (VBS 2007). Der Rückzug der Schweiz aus Afghanistan wird auf den Einsatz der dortigen Nato-Truppen, der *International Security Assistance Force (ISAF)*, wenig Einfluss haben. Zwischen Januar 2004 und dem angekündigten Ende im März 2008 werden lediglich zwei bis vier Schweizer Stabsoffiziere beim *Peace Reconstruction Team* in Kunduz im Norden Afghanistans Dienst geleistet haben. Innenpolitisch ist der Rückzug der Schweizer Soldaten aber von grosser symbolischer Bedeutung, stand doch noch vor einem Jahr der Ausbau des Afghanistan-Kleinst-Einsatzes zu einem grossangelegten Truppeneinsatz der Schweizer Armee zur Diskussion. Bereits im Dezember 2005 war bekannt geworden, dass im VBS Abklärungen liefen, ob die Schweizer Armee ihr Engagement in Afghanistan ausbauen könnte (Ramseyer 2005).

Die *Ausserparlamentarische Kommission für militärische Einsätze der Schweiz zur internationalen Friedensförderung*, kurz die PSO-Kommission, propagierte in ihrem Jahresbericht 2006 eine signifikante personelle

Verstärkung des bestehenden Engagements in Afghanistan (PSO-Kommission 2007). Im Herbst 2007, knapp zwei Jahre nach Beginn der Diskussionen, macht das VBS einen Rückzieher und zieht sich vollständig aus Afghanistan zurück. Die Ankündigung des Rückzugs aus Afghanistan führt uns zweierlei vor Augen. Erstens: Mit dem Rückzieher in Sachen Truppeneinsatz in Afghanistan bleibt der Einsatz der Swisscoys im Kosovo der einzige grössere jemals von der Schweizer Armee im Ausland geleistete Truppeneinsatz. Und zweitens: Mit dem Rückzug der zwei Offiziere aus der ISAF-Mission tritt die derzeitige Blockade bei Schweizer Auslandeinsätzen offen zutage. Die strategische Zielsetzung, das Auslandengagement zu erhöhen, dürfte in naher Zukunft kaum umgesetzt werden können.

Das Hauptproblem, welches sich heute der Schweizer Armee in bezug auf Auslandeinsätze stellt, ist das zunehmende Auseinanderdriften zwischen ihrer eigenen Propaganda und der öffentlichen Wahrnehmung von sogenannten „Friedensförderungseinsätzen". Während in offiziellen Papieren Auslandeinsätze der Schweizer Armee als zentrales Instrument der internationalen Konfliktlösung und Krisenbewältigung dargestellt werden, durch die Demokratie geschaffen und Menschenrechte geschützt werden sollen, lehnt eine zunehmende Zahl von SchweizerInnen militärische Auslandeinsätze ab (Haltiner 2007, 105ff.). Mit der sinkenden Zustimmung zu Auslandeinsätzen nimmt gleichzeitig die politische Unterstützung für einen Ausbau des militärischen Engagements der Schweiz im Ausland ab.

Pläne zur Integration in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Trotz Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden, setzte sich in Europa der Trend hin zu einer militarisierten Aussen- und Sicherheitspolitik fort. Wesentliche Bestandteile der gescheiterten EU-Verfassung finden sich im nun zur Debatte stehenden EU-Reformvertrag. Dieser gäbe dem EU-Ministerrat das Recht, auch ohne UN-Mandat weltweit Kriege „zur Bekämpfung des Terrorismus" zu führen. Damit werden auch in der EU die konzeptionellen und rechtlichen Grundlagen für eine weitere Marginalisierung der Vereinten Nationen gelegt.

Die Entwicklung auf europäischer Ebene spielt dabei für die schweizerische „Sicherheitskonzeption" nach wie vor eine zentrale Rolle. Trotz der realpolitisch bedingten Blockade gehen auch hierzulande die Planungs- und Konzeptarbeiten weiter: Die im Sommer 2006 vom VBS in die Vernehmlassung geschickte Armeerevision 09 geht in dieselbe Richtung wie die Bemühungen auf europäischer Ebene, wenngleich weniger weit und zögerlicher. Der Entwurf des revidierten Militärgesetzes sieht unter anderem vor, das UNO-/OSZE-Mandat als zwingende Voraussetzung für das Entsenden von Schweizer Armeeangehörigen aufzuweichen. Gemäss den

Plänen aus dem VBS sollen künftig, vorerst einmal bei den unbewaffneten Einsätzen, SoldatInnen auch ohne Vorliegen eines UNO-/OSZE-Mandats entsandt werden können. Der Bundesrat begründet dies damit, dass vermehrt auch „regionale Organisationen wie die EU, Einzelstaaten oder Gruppen von ähnlich gesinnten Staaten" internationale Armeemissionen unabhängig von der UNO beschliessen und durchführen würden. An diesen könne sich die Schweiz unter der aktuellen Gesetzeslage wegen fehlender völkerrechtlicher Mandate nicht beteiligen. Beteiligte sich die Schweiz aber künftig an völkerrechtlich nicht legitimierten EU-Missionen, dann würde die Schweiz der sicherheitspolitischen Absage der EU ans Völkerrecht Vorschub leisten.

Mit dem Vorschlag in der Armeerevision 09, SoldatInnen zu Wiederholungskursen im Ausland verpflichten zu können, zielt das VBS darauf ab, die Ausbildungszusammenarbeit mit sogenannten „Partnerländern" zu intensivieren und damit gemeinsame Erfahrungen als Grundlage für spätere gemeinsame Einsätze zu legen. Neuerdings werden Schweizer SoldatInnen sogar nach NATO-Standards ausgebildet und evaluiert (Humbel 2007). Zu den Plänen des VBS gehört auch, dass DurchdienerInnen, ZeitsoldatInnen und Berufsmilitärs künftig zu Auslandeinsätzen verpflichtet werden können. Damit bricht der Bundesrat ein Versprechen, das er noch vor der Abstimmung über die Revision des Militärgesetzes im Juni 2001 gemacht hat und das als Argument im Abstimmungskampf um Auslandeinsätze der Armee nicht unerheblich war: die Freiwilligkeit von Auslandeinsätzen. Die Vorschläge zur Armeerevision 09 zielen in ihrer Stossrichtung klar in Richtung Integration in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Armeemodernisierer unter Druck – Trendwende in der Linken

Die Armeerevision, mit welcher die Schweizer Armee hinsichtlich Ausbildung und Einsatzformen mit den EU-Armeen kompatibel gemacht werden soll, ist derzeit aber blockiert. Unüblicherweise wurde seit dem Ende der Vernehmlassungsfrist zur Armeerevision 09 Anfang Dezember 2006 bislang kein Vernehmlassungsbericht verfasst. Das hat politische Gründe: Die Reaktionen im Rahmen der Vernehmlassung zur Armeerevision 09 zeigen deutlich, dass die Vorschläge aus dem VBS nicht mehrheitsfähig sind. Selbst die Schweizerische Offiziersgesellschaft wehrte sich in ihrer Stellungnahme dagegen, das UNO-/OSZE-Mandat zu streichen und militärisches Berufspersonal zu Auslandeinsätzen zu verpflichten. Auf klare Ablehnung stiess die Revision sowohl bei den Nationalkonservativen (SVP) als auch in Kreisen der konsequent friedenspolitischen Linken (Grüne, GSoA).

Und auch die Trendwende, wonach heute weite Teile der linksstehenden Schweizer Bevölkerung einem vermehrten Auslandengagement der

Schweiz skeptischer gegenübersteht, dürfte dem VBS nicht entgangen sein. Die jährliche Befragung zum aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbild zeigt, dass vor allem die linke Wählerschaft für die tiefere Zustimmung zu bewaffneten Militäreinsätzen verantwortlich ist (Haltiner 2007, 251). Waren es 2006 noch 52,6 Prozent der politisch linksstehenden Interviewten, welche zum Selbstschutz bewaffnete Schweizer Truppen im Ausland befürworteten, sind es in der Befragung 2007 nur noch 40,1 Prozent. Rund 53 Prozent der Befragten aus dem linken Spektrum sprachen sich 2007 klar gegen bewaffnete Auslandeinsätze aus, im Vorjahr waren dies etwas mehr als 40 Prozent.

Dieser Meinungsumschwung in der Linken manifestiert sich auch in der SP-Basis: Im Juni 2006 hat die SP Delegiertenversammlung in Delsberg entgegen dem Antrag der SP-Geschäftsleitung entschieden, die Initiative „für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten" zu unterstützen. Die Geschäftsleitung argumentierte im Vorfeld, die Schweiz dürfe ihren Partnerländern nicht die Waffen verweigern, wolle sie die Kooperation mit Europa im sicherheitspolitischen Bereich nicht gefährden. Die SP-Basis gewichtete aber friedenspolitische Überlegungen stärker, denn die grössten Bezügerländer von Schweizer Kriegsmaterial, die USA, Grossbritannien, Dänemark und Deutschland, sind allesamt im sogenannten „Krieg gegen Terror" involviert.

Noch kurz vor Ende der Legislatur hat die Koalition der Armeemodernisierer aus CVP, FDP und SPS im Parlament die Verdoppelung der Auslandeinsätze durchgebracht. Ob auch in der neuen Legislatur diese Koalition erneut spielt, ist indes noch fraglich. Es bleibt abzuwarten, ob sich die kritischere Haltung der SP-Basis auch in der SP-Fraktion im Bundesparlament durchsetzen wird.

Um die Blockade, in welcher sich die Armee derzeit befindet, zu überwinden, unternimmt das VBS-Departement viel, einerseits mit millionenteuren Kampagnen, wie kürzlich während der Armeetage 2007 in Lugano, das Image der Armee aufzubessern, und andererseits das Schweizer Auslandengagement sichtbarer zu machen. Laut den Plänen der Armeerevision 09 soll der Bundesrat ohne Konsultation des Parlaments über Einsätze von bis zu 6 Monaten entscheiden können. Damit versucht der Bundesrat, vertiefte politische und zweifelsohne kontroverse Diskussionen über mögliche Auslandeinsätze der Armee zu entschärfen. Das Parlament, sollte der Einsatz länger dauern und dieser somit in die Kompetenz des Parlaments fallen, wäre dadurch den Zwängen einer „Fait accompli"-Politik ausgesetzt. Der Bundesrat gesteht offen ein, dass ihm das Parlament zu zögerlich ist, wenn er im erläuternden Bericht zur Armeerevision 09 schreibt: „Sofern der Bundesrat ein [...] längerfristiges Engagement ins Auge fasst, besteht ausserdem die Möglichkeit, die laufenden sechs Monate des Einsatzes [...] für die entsprechende politische Meinungsbildung [...] zu nutzen." (Bundesrat, 2006). Durch eine verstärkte öffentliche Be-

richterstattung über Schweizer Truppeneinsätze im Ausland („embedded journalism") könnte damit an der Heimatfront für die Unterstützung des Auslandeinsatzes geworben werden.

Militarisierung der inneren Sicherheit

Die verstärkte Ausrichtung der Armeen auf die innere Sicherheit nahm ihren Anfang mit dem Ende des Kalten Krieges, kam doch den Armeen weltweit der Feind abhanden. Beschleunigend für diese Entwicklung wirkte auch hier der 9/11. Anstatt aber den Ursachen von Terroranschlägen auf den Grund zu gehen, verschärften praktisch sämtliche Staaten Gesetze zur Wahrung der inneren Sicherheit. Im Zuge der aktuellen Repressionswelle im Innern, welche nun mit einiger Verzögerung auch die Schweiz erreicht hat, wird das traditionelle, durch die Bundesverfassung verbriefte staatliche Gewaltmonopol gleich doppelt in Frage gestellt:

Einerseits besteht die Gefahr, dass im Zuge des „War on terror" die strikte Trennung zwischen innerer und äusserer Sicherheit aufgehoben wird. Die Trennung von militärischen und polizeilichen Kompetenzen hat heute aber die gleiche Berechtigung wie 1848 anlässlich der Gründung des liberal verfassten Bundesstaates: Polizeiliche Arbeit verfolgt das Ziel, die durch das Rechtssystem gesetzten Regeln durchzusetzen. Die Armee im Innern einzusetzen bedeutet, das militärische Freund-Feind-Schema auf die innere Sicherheit zu übertragen.

Andererseits droht dem Gewaltmonopol die Privatisierung. Ende Oktober 2007 hat der Bundesrat die „Verordnung über den Einsatz privater Sicherheitsfirmen durch den Bund" verabschiedet. Damit schafft der Bundesrat die rechtliche Grundlage, um auch Massnahmen mit Zwangscharakter an private Sicherheitsdienste zu delegieren. Diese Verordnung gilt sowohl für Sicherheitsaufträge im Innern als auch im Äussern.

Die Militarisierung der inneren Sicherheit setzte auch in der Schweiz bereits in den 1990er Jahren ein. Zwischen 1994 und 1997 erliess der Bundesrat nicht weniger als vier Verordnungen, welche Einsätze der Armee in der inneren Sicherheit regeln: Die Verordnung über Polizeibefugnisse der Armee (VPA), die Verordnung über den Truppeneinsatz zum Schutz von Personen und Sachen (VSPS), die Verordnung über den Truppeneinsatz für den Ordnungsdienst (VOD) und die Verordnung über den Truppeneinsatz für den Grenzpolizeidienst (VGD). Damit wurden die Grundlagen für die stetige Zunahme der Armeeeinsätze seit den späten 1990er Jahren im Bereich der „subsidiären Sicherungseinsätzen" gelegt. Zwischen 2001 und 2006 haben sich die Sicherungseinsätze der Armee, wie beispielsweise an internationalen Konferenzen (WEF, G8), der Bewachung von Botschaften oder im Rahmen des Grenzpolizeidienstes, nahezu versechsfacht (das heisst, von rund 56'000 Einsatztage auf 340'000 Einsatztage zugenommen).

Dieser Trend wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen, beispielsweise 2008 im Rahmen der Fussballeuropameisterschaften, wo die Armee bis zu 15'000 Soldaten einsetzen wird. Mit der Armeerevision 09 verfolgt der Bundesrat zudem das Ziel, die Hürden für den Assistenzdienst der Armee in Innern abzubauen. Bislang konnte der Bundesrat Armeeeinsätze im Innern, bei welchen weniger als 2'000 SoldatInnen zum Einsatz kommen und welche höchstens drei Wochen dauern, eigenmächtig beschliessen. Für längere Einsätze oder Einsätze mit mehr Soldaten brauchte der Bundesrat die Zustimmung des Parlaments. Geht es nach den Vorstellungen des Bundesrates, kann er künftig in eigener Regie über Einsätze entscheiden, bei welchen bis zu 4'000 SoldatInnen zum Einsatz kommen.

Aktive Neutralität im Dienste des Friedens und der Solidarität

Linke Politik darf sich nicht darin erschöpfen, die Schweiz aus der EU-Militarisierung herauszuhalten. Sie hat eigene Konzepte für eine schweizerische Friedens-, Aussen- und Sicherheitspolitik zu erarbeiten und zu diskutieren. Die Leitlinien sind die Förderung ziviler Konfliktprävention und Konfliktlösung, die Stärkung des Völkerrechts und der UNO, die Betonung der Menschenrechte und solidarischer Wirtschaftsbeziehungen. Es ist fragwürdig, wenn der Bundesrat beispielsweise die Wirtschaftsbeziehungen mit Mexiko ausbaut und gleichzeitig dem kirchlichen Friedens- und Menschenrechtsprojekt Propaz die in Chiapas dringend benötigten Mittel streicht. Wie wenig der militärische „Internationalismus" mit Solidarität zu tun hat, zeigt das Vorhaben von Bundesrat Samuel Schmid, der nach Liberia SoldatInnen senden will, in ein Land, das gleichzeitig von einem schweizerischen Multi wirtschaftlich ausgebeutet und steuerlich schwer betrogen wird. Es wäre dem Frieden in Liberia mehr gedient, wenn die in Zug angesiedelte Mittal Steel Holdings AG dem armen Land faire Preise und korrekte Abgaben entrichten würde (EvB 2006).

Zur Förderung ziviler Mittel der Konfliktbewältigung gehört der Verzicht auf jegliche Waffenexporte. Die grosse Mehrheit der heutigen Abnehmer von Schweizer Waffen sind in den unsinnigen „war on terror" involviert. Weiter muss sich die Schweiz aus der NATO-Partnerschaft für Frieden zurückziehen. In Afghanistan zeigt sich, wie die NATO immer mehr zu einem offensiven und globalen Kriegsbündnis wird, dessen Strategie sich immer weniger von derjenigen der USA unterscheidet. Im Gegensatz dazu muss die Schweiz ihr Engagement innerhalb der UNO, der einzigen Alternative zum US-Imperium und zur NATO, verstärken. Hier kann sie sich systematisch und konsequent einsetzen für eine Politik, welche die Stärke des Rechts über das Recht der Stärkeren setzt – auch innerhalb der Organisation selber. Die Schweiz muss sich an vorderster Front engagieren für die weltweite Abrüstung, insbesondere bei den Atomwaffen. Anstatt Sol-

datInnen ins Ausland zu schicken, hat der Bund den freiwilligen Einsatz junger Menschen für die zivile Friedensarbeit zu fördern.

Aus unserer Sicht bietet das *Konzept einer aktiven Neutralität* die Chance, stärker auf Friede und Solidarität zu setzen. Neutralität darf also nicht als Abseitsstehen der Schweiz verstanden werden. Dies gilt umso mehr, als die USA und die NATO systematisch versuchen, die Legitimitätsressource Neutralität durch den Einsatz von Schweizer SoldatInnen oder von Schweizer Waffen anzuzapfen.

Zudem gilt es die fatale Vermischung zwischen militärischen und polizeilichen Kompetenzen und damit die Militarisierung der inneren Sicherheit zu verhindern. Es besteht nämlich die Gefahr, dass sich ein Teil der Armee zu einer Bundessicherheitspolizei entwickelt. Nur wenn sich die Linke wieder verstärkt und geeint den Fragen der Aussen- und Sicherheitspolitik stellt, kann die Militarisierung nicht nur verhindert, sondern darüber hinaus eine friedenspolitisch konsequente Alternative konzipiert werden.

Literatur

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, 2007: Die Schweizer Armee zieht sich aus Afghanistan zurück, 21. November 2007 (http://www.vbs.admin.ch/internet/vbs/de/home/documentation/news/news_detail.15798.nsb.html)

Erklärung von Bern, EvB, 2006: Bermuda-Dreieck Zug-Zypern-Liberia (http://www.evb.ch/p25011438.html)

Haltiner, Karl W./Wenger, Andreas/Würmli, Silvia/Wenger, Urs, 2007: Sicherheit 2007 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich

Humbel, Georg, 2007: Schweizer Soldaten werden im WK auf Nato-Standard getrimmt. Berner Zeitung BZ, 4. Dezember

Lang, Josef, 2001: Nationale Sicherheitspolitik am Scheideweg. Die Schweiz zwischen militärischem Interventionismus und zivilem Internationalismus. Widerspruch, Heft 41, Zürich

Lang, Josef, 2006: Braucht die Welt eine Schweizer Armee? Pazifistische Politik im 21. Jahrhundert. In: Pazifismus – Ideengeschichte, Theorie und Praxis (herausgegeben von: Bleisch, Barbara/Strub Jean-Daniel), Bern/Stuttgart/Wien

Lang, Josef, 2006: The long global war und die Schweizer Linke. Denknetz Jahrbuch 2006, Zürich

Luzi, Stefan/Lang, Josef, 2005: Die Militarisierung der EU und die Schweizer Sicherheitspolitik. Widerspruch, Heft 48, Zürich

Moosmann, Reto, 2007: Die Staatsgewalt als Jekami. GSoA-Zeitung, Nr. 132, Zürich

PSO-Kommission, Ausserparlamentarische Kommission für militärische Einsätze der Schweiz zur internationalen Friedensförderung, 2007: Jahresbericht 2006 (greifbar unter http://www.vbs.admin.ch/internet/vbs/de/home/documentation/publication/p_security/PSO.html)

Ramseyer, Niklaus, 2005: Armeechefs prüfen Afghanistan-Einsatz. Basler Zeitung BAZ, 14. Dezember

Schweizerischer Bundesrat, 2006: Erläuternder Bericht zur Revision 09 der Militärgesetzgebung (Militärgesetz, Armeeorganisation, Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme). Bern

Schweizerische Offiziersgesellschaft SOG, 2006: Revision 09 der Militärgesetzgebung: Vernehmlassung, (greifbar unter http://www.sog.ch/typo/fileadmin/user_upload/pdf/MG_Rev__15_11_01.pdf).